

Positionierung der Kulturpolitischen Gesellschaft zum 11. Kulturpolitischen Bundeskongress »Die Kunst der Demokratie. Kulturpolitik als Demokratiep politik«

Engagement für ein demokratisches Miteinander!

Gesellschaftliche Krisen erfordern auch vom Kulturbereich ein Umdenken. Die Kulturpolitische Gesellschaft fordert dafür eine Kulturpolitik der Transformation.

Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Frage nach der Zukunft der Demokratie noch einmal zusätzlich an Relevanz gewonnen. Angesichts der Zunahme gesellschaftspolitischer Krisen – erzeugt etwa durch den Klimawandel, demokratiefeindliche Bewegungen oder die Corona-Pandemie – steht unser politisches System immer stärker unter Legitimationsdruck. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Menschen geht auf die Straße und formuliert eine grundsätzliche Kritik am demokratischen System.

Die Kulturpolitische Gesellschaft rückt die Debatte über den Zustand und den Schutz der Demokratie deshalb wieder stärker ins Zentrum der Verbandsarbeit. Beim Kulturpolitischen Bundeskongress »Die Kunst der Demokratie. Kulturpolitik als Demokratiep politik« werden ganz bewusst aktuelle gesellschaftspolitische Krisen zur Diskussion gestellt, Kontroversen sichtbar gemacht und mögliche kulturpolitische Handlungsstrategien aufgezeigt. Die Veranstaltung soll noch einmal unmissverständlich klarstellen, dass der Bestand der Demokratie als liberale Staatsform der Vielfalt, Freiheit und sozialen Gerechtigkeit nicht selbstverständlich ist, sondern verteidigt und neu verhandelt werden muss.

Wir als Verband sind davon überzeugt, dass das Feld der Kultur dabei eine wichtige Rolle einnehmen kann und muss. Kulturelle Teilhabe an und die Mitgestaltung von künstlerischen Produktionen stärken den demokratischen Lebensprozess und verbessern so das demokratische Bewusstsein sowie den notwendigen Gemeinsinn. Dafür ist es notwendig, dass die Beteiligung aller Menschen an Kunst und Kultur noch stärker als bisher ermöglicht werden muss. Sicherlich hat sich die Publikumsorientierung durch ein breiteres Kulturverständnis, neue Vermittlungsmethoden und eine Ausweitung der kulturellen Bildung in der Vergangenheit bereits verbessert. Doch gerade die institutionelle Kultur produziert noch zu häufig auf der Basis eigener, oft tradierter Routinen sowie eines althergebrachten Kanons für eine eher bildungsbürgerliche akademische Zielgruppe. Dies führt nicht selten zu Legitimationsdefiziten in der breiten Bevölkerung und damit zu einem Verlust an gesellschaftspolitischer Relevanz des gesamten Feldes.

Mit dem Engagement für die Demokratie knüpft die Kulturpolitische Gesellschaft wieder stärker an eine ihrer Traditionslinien an. Schon seit ihrer Gründung engagieren wir uns als Verband im Sinne einer »Kultur für alle, von und mit allen« für soziale Gerechtigkeit, mehr Teilhabe und das Ideal einer kulturellen Demokratisierung. Für uns steht fest: Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik und muss als solche gestärkt und gefördert werden. Aus unserer Sicht darf das aber nicht bedeuten, dass einfach immer mehr Mittel aus der Kulturförderung in den Erhalt des existierenden Status quo fließen. Wir fordern vielmehr die gezielte Stärkung bzw. Ausweitung einer transformationsorientierten und konzeptbasierten Kulturpolitik, um das Potential von Kunst und Kultur stärker an den Menschen zu orientieren. Denn die de-

0228/201 67-0
post@kupoge.de
www.kupoge.de

Präsident

Dr. Tobias J. Knoblich
Dezernent für Kultur und Stadtentwicklung der
Landeshauptstadt Erfurt

Vizepräsident*innen

Andreas Bialas, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der
SPD-Landtagsfraktion NRW, Düsseldorf

Prof. Dr. Birgit Mandel
Direktorin Institut für Kulturpolitik Universität
Hildesheim

Schatzmeister

Kurt Eichler
ehem. Geschäftsführender Direktor der Kultur-
betriebe Dortmund

Beisitzer*innen

Muchtari Al Ghusain
Beigeordneter für die Bereiche Jugend, Bildung
und Kultur der Stadt Essen

Wibke Behrens M.A.
Leiterin und Mitbegründerin des Institute for
Cultural Governance, Berlin

Holger Bergmann
Geschäftsführer Fonds Darstellende Künste,
Berlin

Melanie Bernstein, MdB
Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien der
Fraktion CDU/CSU des Deutschen Bundestages,
Berlin

Ferenc Csák
Amtsleiter des Kulturbetriebes der Stadt
Chemnitz

Carmen Emigholz
Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt
Bremen

Erhard Grundl, MdB
Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien
und kulturpolitischer Sprecher Bündnis 90/Die
Grünen des Deutschen Bundestages, Berlin

Bernd Hesse
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V., Kassel

Dr. Annette Jagla
Kulturmanagerin und systemische Organisations-
beraterin, Hamburg

Achim Könneke
Berufsmäßiger Stadtrat, Kultur-, Schul- und
Sportreferent der Stadt Würzburg

Prof. Dr. Julia Lehner
Kulturreferentin und Berufsmäßige Stadträtin der
Stadt Nürnberg

Dr. Hagen W. Lippe-Weißfeld
Geschäftsführer Meyer Architekten GmbH und
ProjektSchmiede GmbH, Düsseldorf

Olaf Martin
Geschäftsführer des Landschaftsverbandes
Südwestfalen-Lippe, Göttingen

Dr. Ingo Schöningh
Leiter Programmabteilung mit regionalem
Fachauftrag, GI Indonesien

Konstantin Udert
Geschäftsführer junge norddeutsche
philharmonie e.V., Berlin

Geschäftsleitung

Dr. Henning Mohr
Katherine Heid

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Köln
BIC: BFSWDE33
IBAN: DE 18 3702 0500 0008 2289 00

UST-IdNr.: DE125135339

mokratiegefährdenden gesellschaftspolitischen Krisen haben enorme Auswirkungen auf das kulturelle Bewusstsein. Sie verändern tradierte Gewissheiten, Sicherheitserwartungen oder Zukunftshoffnungen und werden durch den Klimawandel auch zur konkreten existentiellen Bedrohung. Daran anknüpfend wird uns deutlich vor Augen geführt, dass ein schlichtes »weiter so« nicht mehr möglich ist und es auch für das Feld der Kultur keine Ausreden für ein Aufrechterhalten der scheinbaren Normalität mehr geben kann. Alle Bereiche der Gesellschaft sind gleichermaßen aufgefordert, an neuen Lösungen zu arbeiten und diese umzusetzen. Gerade der Kulturbereich kann eine Orientierung geben und Mut machen für gelingende Veränderungen.

Für uns ist klar: Es braucht mehr denn je eine an gesellschaftspolitischen Prioritäten orientierte, nachhaltige Kulturpolitik, die nicht nur als restaurative Reparatur gedacht werden darf. Aus Sicht der Kulturpolitischen Gesellschaft muss der Bund dabei mehr Verantwortung übernehmen. Wir halten es für notwendig, dass dieser Strukturoffensiven zur Qualifizierung und nachhaltigen Ausrichtung kultureller Infrastrukturen auf den Weg bringt. Da der gesellschaftliche Wandel nur durch ein spezifisches Veränderungswissen zu bewältigen ist, bedarf es neuer Unterstützungsleistungen für Transformationskompetenzen und die transformative Ausrichtung des gesamten Kulturbereichs. Damit ist nicht gemeint, dass neue Strukturen aufgebaut werden, sondern es geht darum, die bisherigen Strukturen in ihrer Fähigkeit zu stärken, sich nachhaltig an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen und dadurch neue Wege zu gehen. Agilität und Resilienz sind Schlüsselworte dieses Prozesses.

Die Förderung darf daran anknüpfend nicht mehr ausschließlich projektbasiert für immer neue künstlerische Produktionen erfolgen, sondern es müssen auch Weiterbildungen, Beratungsleistungen, Coachings und Methodenkompetenzen unterstützt werden. Dieser Paradigmenwechsel der Kulturförderung stärkt insgesamt die Resilienz des kulturellen Feldes und fördert Antworten für viele der ungelösten Fragen – wie etwa die immer noch vorherrschenden Ungleichheiten zwischen institutioneller und freier Szene, eine fairere Finanzierung von Künstler*innen, den Umgang mit den Folgen des Klimawandels und eine machtkritischere Ausgestaltung etwa der Erinnerungskultur.

Als Kulturpolitische Gesellschaft versuchen wir den Wandel kultureller Infrastrukturen zu befördern und nach vorne zu bringen. Wir wollen uns als Verband zunehmend zu einem Think & Do-Tank für Zukunfts- und Transformationsthemen im Kulturbereich weiterentwickeln, ergänzt durch die anwendungsorientierte Forschung unseres Instituts für Kulturpolitik. Durch die gezielte Ausweitung unserer Programmatik – etwa durch das kulturpolitische Akademieprogramm, den Kulturpolitischen Zukunftspreis KULTURGESTALTEN und Agilitätswerkstätten – fördern wir ein zukunftsweisendes kulturpolitisches Selbstverständnis in ganz Deutschland und damit die Weiterentwicklung der Infrastrukturen. Dadurch wollen wir auch zukünftig dazu beitragen, die Potentiale einer kulturellen Demokratisierung und ein demokratisches Miteinander zu stärken.

Berlin, 9. Juni 2022

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.